

Der kontroverse Kampf gegen den Klimawandel

Die Klimaaktivist*innen der Letzten Generation haben in den vergangenen Tagen in der deutschen Hauptstadt wieder einmal durch viele Blockaden und Verschmutzungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Schon seit mehreren Monaten hat der Zusammenschluss den Plan, Berlin regelmäßig lahmzulegen, was zu großem Ärger in der Bevölkerung führt. Die Lage könnte sich in den nächsten Wochen noch weiter zuspitzen, da die Polizei in Berlin nun angewiesen wurde, konsequenter gegen die Aktionen der Letzten Generation vorzugehen. Die Aktivist*innen zeigen sich aber unbeirrt.

„Wir sind nicht da, um gemocht zu werden, wir sind der Feuertalarm und rasen auf eine große Klippe zu“,

so ein Sprecher der Letzten Generation. Sie sind fest entschlossen, ihre Proteste so lange weiterzuführen, bis ihre Forderungen von der Bundesregierung umgesetzt werden. Zu ihren Forderungen befragt nennen die Aktivist*innen im Interview unter anderem ein einheitliches Tempolimit von 100km/h auf allen deutschen Autobahnen, die dauerhafte Einführung des 9-Euro-Tickets bundesweit, der Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle bis spätestens 2030, die vollständige Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen, sowie die Gründung eines repräsentativen Gesellschaftsrates, welcher ausgelost wird und die Bundesregierung zum Thema Klimapolitik berät.



Schon seit mehr als zwei Jahren kämpft die Letzte Generation für diese Forderungen. Die Protestbewegung ist aus einem Hungerstreik von Aktivist*innen entstanden, welcher das Ziel hatte, mit den drei damaligen Kanzlerkandidat*innen Armin Laschet (CDU/CSU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Die Grünen) ein öffentliches Gespräch zu führen. Mit dem Gespräch wollten die Aktivist*innen das Ziel der Errichtung eines Bürgerrats durchsetzen. Dies scheiterte jedoch, da Olaf Scholz nur einem Einzelgespräch zusagte und der Bürgerrat abgelehnt wurde. Der Streik wurde nach knapp einem Monat beendet und ein paar Mitglieder des Streiks gründeten ein paar Monate später die Letzte Generation. Der Name kommt daher, dass die Aktivist*innen sich selbst als die letzte Generation ansehen, die den völligen Erdzusammenbruch, verursacht durch den Klimawandel, noch aufhalten können.

Seitdem setzt die Letzte Generation bei Protestaktionen auf Straßenblockaden, Verschmutzung von Kunst, Gebäuden und anderen Dingen, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung zu erlangen. Jedoch gibt es auch größere Aktionen, wie Blockaden von Flughäfen, Hausfriedensbruch auf Yachten oder in

Produktionsstätten. Sie richten durch ihre Aktionen sehr viele Sachschäden an. Sie selbst wählen diese Ziele bewusst aus, als Mittel zur Aufmerksamkeit.

„Es wird versucht bei den persönlichen Vorlieben der Leute anzufangen“,

so ein Sprecher der Letzten Generation. Finanziert werden sie bei ihren Aktionen hauptsächlich durch Spenden. Im Internet sammeln sie Geld, um ihre Aktionen zu finanzieren. Auch die Geldstrafen, zu denen die Justiz die Aktivist*innen schon mehrfach verurteilt hat, werden durch diese Spendengelder finanziert. Sie finanzieren mit den Spenden aber auch Orte, an denen sie ihre Meetings zur Planung von weiteren Aktionen abhalten oder führen dort Informationsveranstaltungen für Sympathisanten durch. Bisher wurden so mehr als 900.000 € Spenden für die letzte Generation gesammelt.

Viele Bürger*innen werfen der Letzten Generation vor, eine Gruppierung mit extremistischen Handlungen zu sein. Aufgrund des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB und der Nutzung von Spenden für Straftaten, gab es im Mai 2023 eine Razzia in sieben Bundesländern. Mehr als 150 Beamte durchsuchten mehrere Büros und Wohnungen der Letzten Generation. Dabei wurden Vermögenswerte, wie zum Beispiel Computer und Kontounterlagen, konfisziert. Außerdem wurde die Homepage der Organisation auf Anweisung der Staatsanwaltschaft abgeschaltet. Auf Nachfrage im Interview mit der Letzten Generation bezeichnen die Sprecher*innen diese Maßnahmen

„als überzogen und betonten, dass man nur friedlich für das Klima protestiere“.

Es wird aber immer wieder diskutiert, ob die Letzte Generation eine kriminelle Vereinigung sei. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht jedoch keinen Beleg für Extremismus.

Auf Seiten der Politik wird sich von den Aktionen der Letzten Generation und den Aktivist*innen distanziert. Selbst Parteien, die ihre Werte für Klimaschutz teilen, wie die Partei Bündnis 90/Die Grünen, verurteilen die Art des Kampfes für den Klimaschutz stark. Auch die Gruppierung Fridays for Future kritisiert laut ZDF den zivilen Ungehorsam der Letzten Generation.

Während den politischen Vertretern von rund 200 Staaten in Dubai aktuell keine Einigung auf einheitliche Klimaziele gelingt, bleibt die Kontroverse um die Letzte Generation in Deutschland bestehen. Es bleibt fraglich, inwiefern die Bewegung sich positiv oder negativ auf die Klimapolitik in Deutschland auswirken wird. Artikel von Tom

DIE LETZTE GENERATION - DIE EINZIGEN RETTER DES KLIMAS?

Die Schlagzeilen zu dem Thema Klimawandel häufen sich. Die anfängliche Hoffnung, dass die Politik Schritte in die richtige Richtung geht, schwindet bei vielen Bürger*innen dahin. Es muss was getan werden. Das sieht auch die letzte Generation so und macht es sich zur Aufgabe, die Bevölkerung über die Folgen des Klimawandels aufzuklären. Doch trotz der Dringlichkeit des Themas bekommt die letzte Generation starken Gegenwind, obwohl die Ziele im Grunde wichtig sind.

Die Politik hat in den letzten Jahren einige Versprechen in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels gegeben. Jedoch hat sie diese nicht eingehalten. Die letzte Generation versucht mit ihren jetzigen Aktionen die Politik immer weiter auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Die Klimakrise ist ein bestehendes Problem, welches nicht einfach plötzlich verschwinden wird.

Die Aktionen der letzten Generation sind zwar sehr provozierend und teilweise auch rechtswidrig, jedoch sind diese Weckrufe nötig, um die Ernsthaftigkeit des Problems der Gesellschaft näherzubringen. Wir fordern von der Politik mehr Einsatz in der Bekämpfung des Klimawandels und eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz der letzten Generation.



Kommentar von Sarah und Celine

SCAN ME



Wenn Sie Ihr Wissen testen wollen können Sie das hier machen!

Erstellt mit canva.de

PROTESTFORMEN

- Protestmärsche** In Form von Protestmärschen versuchen sie auch der allgemeinen Bevölkerung die Folgen des Klimawandels näherzubringen.
- Hungerstreik** Im August 2021 traten Mitglieder in einen unbefristeten Hungerstreik. ihr Ziel ein Gespräch mit den drei Kanzlerkandidaten.
- Fahren ohne Ticket** Mit dem Fahren ohne Ticket in den öffentlichen Verkehrsmittel will die Letzte Generation auf die Folgen der Klimakatastrophe aufmerksam machen.
- Containern** Beim Containern entwendet die Letzte Generation Lebensmittel aus Müllcontainern der Supermärkte, um auf Lebensmittelverschwendung hinzuweisen.
- Vorträge Podcast** Die Letzte Generation betreibt mit diesen Möglichkeiten Aufklärungsarbeit.

Polizeisprecher äußert sich zu Ziviler Ungehorsamkeit

Frage: „Was ist ziviler Ungehorsam überhaupt aus der Sicht eines Polizisten und wie hoch ist die Akzeptanz für dieses Thema?“

„Viele polarisieren verschiedene Themen und lehnen sie ab, auf der anderen Seite finden sie hohe Akzeptanz, da Ziele verfolgt werden, worum wir uns Zukünftig kümmern sollten, wie der Klimawandel.

Es gibt viele Arten, solche Themen (auch wie Klimawandel) einzubringen. Zivile Ungehorsamkeit jedoch überschreitet es um einige Schritte.

Ein gewisser Protest ist teilweise notwendig. Wenn wir nur Apelle geben würden, würden die Wenigsten darauf hören. Man muss die Menschen aufrütteln, doch dies geht auch mit deutlich harmloseren Schritten geschehen.“

Frage: „Wie weit darf ziviler Ungehorsam aus Sicht der Polizei gehen?“

„Wenn Versammlungen oder Demonstrationen angemeldet sind, dann gibt es da auch sehr große Möglichkeiten die Mitmenschen zu erreichen. Als Beispiel gäbe es da Klima Streiks von früher (Fridays for Future), dies hat sehr viele Menschen erreicht.

Ab dem Moment wo es zu Straftaten, also dieser zivilen Ungehorsamkeit kommt, ist die Polizei aus dem Legalitätsprinzip heraus verpflichtet, diese Straftat zu verfolgen.

Wenn beispielsweise Klima-Kleber sich auf der Straße festkleben, begehen sie Nötigung. Wenn andere zivile Passanten entscheiden dies selbst in die Hand zu nehmen, kann es passieren, dass eine Reihe von Straftaten sich anhäufen.“



**Polizeisprecher
Karsten Diemer
Heilbronn: 15.11.2023**

Frage: „Wehren sich die Menschen verbal oder körperlich bei Protesten der letzten Generation?“

„Einerseits ist es unterschiedlich, andererseits glaube ich schon das die protestierenden Leute wissen, was sie tun und wissen das es gefährlich werden kann. (...) Es kommt aber nicht zu Beleidigungen, so hochdemokratisch sind die Proteste nicht. (...) (..) Manchmal sieht man Bilder von der Polizei in Berlin, da es manchmal Streitigkeiten gibt.“

Dennoch wird bei Protesten kommuniziert, doch nicht zu einem eskalierenden Maß.“

Frage: „Was kann man tun, wenn man als zivile Person, zivilen Ungehorsam beobachtet?“

„Unsere Aufgabe ist es ja, in dem Zusammenhang, Straftaten zu verfolgen, also beispielsweise bei einer Nötigung. Da ist es für uns immer wichtig, wenn jemand etwas gesehen hat, und es wird nach Zeugen gesucht, dann ist es für die Bewertung des insgesamt Verhaltens wichtig immer jemanden, der das neutral beobachtet hat zu finden. [...] es steht ja trotzdem so, dass es eine Konfliktpartei gibt, das sind beispielsweise die, die sich angeklebt haben und wir werden ja nicht gerade freundschaftlich empfangen, von denjenigen und da ist es uns einerseits wichtig, dass Leute, die das neutral beobachtet haben, sich als Zeugen zur Verfügung stellen. Einfach nicht um ausschließlich zu sagen, die Polizei habe alles richtig gemacht, sondern um einfach ein neutrales Bild von dem Ganzen zu zeigen [...] Aber wenn es mal zu so einer Situation kommt, dass die Leute dann auch besonnen bleiben, also nicht beispielsweise auf die Straße gehen und sich selbst gefährden [...] Wir sehen den Mehrwert nicht, natürlich kann jemand etwas Filmern, was auf der öffentlichen Straße ist. Nur ist es immer die Gefahr, wenn Straftaten begangen werden, muss ich die dann in den Sozialen Medien verbreiten? Denn dies ist nicht zulässig. [...]“

Frage: „Haben Sie in Ihrem Berufsalltag viel mit zivilem Ungehorsam zu tun?“

„Richtig bekannt oder bedeutsam geworden ist dieses Thema erst durch die Aktionen der Letzten Generation. Ich bin seit 6,5 Jahren an der Pressestelle Heilbronn beschäftigt, natürlich kam es hin und wieder mal zu Blockade Aktionen, jedoch sind diese an einer Hand abzuzählen. Es stellt sich natürlich immer die Frage, ist es eine Versammlung, eine Demonstration, geben sich die Leute zu erkennen, dies ist bei der Letzten Generation eher nicht der Fall. Solche Arten von Demonstrationen werden sehr schnell nicht genehmigungsfähig, insofern hat die Polizei eine Einschreitungspflicht. Die Zahlen des zivilen Ungehorsams könnte man in Statistiken nicht erheben, da es zu wenige Fälle sind.“

Das Interview führten: Maresa & Anastasia

Infobox: Definition und Gesetze

Grundlegend ist der zivile Ungehorsam, laut dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsschutz, als Protestform zulässig. Trotz dessen können konkrete Rechtsverletzungen auftreten:

- Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB): Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre
- Hausfriedensbruch (§123 StGB): Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre; Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 1 Jahr
- Nötigung (§240 StGB): Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 3 Jahren
- Sachbeschädigung (§303 StGB): Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 2 Jahre
- Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§315b StGB): Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre

Einfache Sitzblockaden werden durch die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) gedeckt.

MEINUNG

AUTOREN: Leonie, Selina

ZIVILER UNGEHORSAM DER LETZTEN GENERATION

Seit ein paar Jahren kann man in Deutschland immer wieder die gleichen Szenen beobachten: Klimaaktivisten kleben sich auf Straßen, beschmieren Denkmäler und zerstören teure Gemälde. Jüngst waren auch Bildungseinrichtungen wie die Heidelberger und Karlsruher Universität von dem Protest betroffen. Durch die vielen Aktionen versuchen die Klimaaktivisten die Aufmerksamkeit der Bürger*innen zu bekommen.

Doch erreichen sie damit das gewünschte Ziel, dass sich die Bevölkerung für das Klima einsetzt?

Die Aktivisten wollen durch zivilen Ungehorsam auf den Klimawandel aufmerksam machen, sie betrachten dies als einzig wirksames Mittel des Protests. Doch in der Bevölkerung führt dies oftmals zu aggressiven Gegenreaktionen. Die Aktionen der Letzten Generation führen also eher zu einer Ablehnung in der Bevölkerung und schaden so nur dem eigentlichen Anliegen, den Klimawandel aufzuhalten.

Ist ziviler Ungehorsam also der richtige Weg?

Im Endeffekt treffen die Aktionen die Bevölkerung, aber nicht die Regierung, die zuständig wären den Klimaschutz voranzutreiben. Aktivisten sollten mit ihren Protesten nicht das Leben der normalen Bevölkerung beeinträchtigen, natürlich bringt es was, wenn jeder einzelne seinen Teil zum Klimawandel leistet und sich auch für Veränderungen einsetzt. Jedoch kann nur von unten nicht alles verändert werden. Die Letzte Generation muss auch mit der Regierung in den Austausch gehen, sodass neue Regelungen und Gesetze zum Klimaschutz entworfen werden. Dies hätte weitaus mehr Einfluss auf die Klimapolitik, wodurch der Klimaschutz tatsächlich vorangetrieben wird.

Ziviler Ungehorsam allein ist nicht ausreichend, um das wichtige Thema „Klimawandel“ anzugehen. Es müssen auch andere Wege gegangen werden, welche die Letzte Generation in ihren Protesten nicht berücksichtigt.

